

# BASALT

6. Oktober 2022

## I

Seit dem 24. Februar 2022 ist Europa in geopolitischer Hinsicht ein anderer Kontinent. Die mit diesem Tag beginnende Invasion Russlands in der Ukraine ist ein militärischer Gewaltakt, der in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Beispiel ist. Sicherlich ist es nicht der einzige Krieg, der seit 1945 ausgefochten wurde, und noch weniger trifft es zu, erst ab dem oben genannten Datum von einem Krieg gegen die Ukraine zu sprechen, wenn man die seit 2014 andauernde Besetzung und teilweise Annexion von ukrainischem Territorium bedenkt. Es gibt jedoch einige qualitative Unterschiede, die hier anzumerken sind. Vor dem Einmarsch gab der russische Präsident Wladimir Putin als einige der Ziele die vollständige Demilitarisierung der Ukraine sowie die Ablösung der ukrainischen Regierung und ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aus. Verbunden damit waren im Vorfeld mehrere öffentliche Stellungnahmen von Putin und weiteren verantwortlichen Personen der russischen Regierung, in denen der Ukraine ihre Integrität und Eigenstaatlichkeit mehr oder weniger abgesprochen wurde.

Anders als in vorigen gewaltsamen Auseinandersetzungen ist auch Deutschland dieses Mal in besonderem Maße betroffen. Zwar werden hierzulange keine Städte gewaltsam erobert und zerstört und es werden keine Menschen durch Invasionstruppen schikaniert, gefoltert und umgebracht. Es werden aber Auswirkungen spürbar, die sich besonders in wirtschaftlicher Hinsicht zeigen und die Unternehmen wie die Bevölkerung vor besondere Herausforderungen stellen. Basis hierfür ist ein erzwungener Wandel, der den Abschied von langjährigen, vermeintlich bequemen Gewohnheiten bedeutet. Deutschland konnte in wirtschaftlicher Hinsicht zweierlei Vorteil aus dem Verhältnis zu Russland ziehen, denn einerseits sind deutsche Produkte auch in Russland begehrt, andererseits konnte Deutschland lange Zeit vergleichsweise günstig und verlässlich auf große Mengen Energie aus Russland – insbesondere in Form von Erdgas – zurückgreifen. Eine so intensive Zusammenarbeit ist angesichts der Bedrohung, die Russland nun für Europa darstellt, bis auf weiteres nicht mehr denkbar.

Weiterhin sieht Deutschland nun einer handfesten militärischen Herausforderung entgegen, die ebenfalls ein Umdenken erfordert. Lange Zeit bestand ein Gefühl der Sicherheit durch die Mitgliedschaft in der NATO und den damit verbundenen Beistand der Vereinigten Staaten. Unter diesem Schutzschirm sind die materiellen Fähigkeiten der Bundeswehr lange vernachlässigt worden. In friedlichen Zeiten ist das vielleicht ärgerlich; wenn allerdings zwei Flugstunden von Berlin entfernt Zehntausende Personen und dazugehöriges Gerät in Marsch gesetzt werden, stellt sich schon eine gewisse Beunruhigung ein. Vor diesem Hintergrund kündigte Olaf Scholz wenige Tage nach dem russischen Einmarsch in einer Regierungserklärung an, dass zur besseren finanziellen Ausstattung

der deutschen Streitkräfte ein Sondervermögen<sup>1</sup> mit einem Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro eingerichtet werden soll – ein fiskalpolitischer Handstreich.

Über die Entwicklungen in der Ukraine sollte aber nicht vergessen werden, dass weitere Krisen fortbestehen, bei denen die Frage des Energieverbrauchs ebenfalls relevant ist. Das Wetter in Deutschland ist entwickelt sich seit einigen Jahren ungünstig. Hohe Temperaturen im Sommer, verbunden mit geringen Niederschlägen stellen die Bevölkerung und noch stärker die Natur vor besondere Herausforderungen. Dass diese Entwicklung der deutsche Ausläufer des weltweiten Klimawandels ist, stellen auch hierzulande immer weniger Menschen in Frage. Die Auslöser für diesen Klimawandel sind ebenfalls bekannt: nämlich die gesteigerte Emission von Treibhausgasen, die auf praktisch jede wirtschaftliche Aktivität und auf privates Handeln z.B. beim Individualverkehr oder der Ernährungsweise zurückzuführen ist. Und angesichts des Ausmaßes der klimatischen Veränderungen geht es nicht mehr nur um Überlegungen, wie man für ein paar Wochen im Jahr mit unangenehmem Wetter zurecht kommt, sondern wie bei der fortschreitenden Entwicklung überhaupt noch so etwas wie menschliche Zivilisation aufrecht erhalten werden kann.

Die akuten, gleichzeitig auftretenden und sich gegenseitig bestärkenden Krisen stellen die Bundesregierung vor erhebliche Aufgaben. Man könnte mit den dort aktiven Personen fast Mitleid haben, andererseits haben sie sich ja eine Stelle im inneren Kern der politischen Macht ausgesucht und müssen einfach den Dienst leisten, der von der Bevölkerung in Deutschland erwartet wird. Der Begriff *Zeitenwende* ist aus der oben erwähnten Regierungserklärung von Scholz am meisten hängengeblieben. Die Regierung gesteht somit ein, dass eine Ära abgeschlossen ist und dass folglich bestimmte Dinge nicht mehr so gehandhabt werden können wie vorher. Doch welche Schlussfolgerungen zieht die Regierung daraus? Wie soll eine künftige Ära aussehen? Welche Ideen werden hierfür vorgebracht? Und vor allem: wie kommt die Regierung vom Wort zur Tat?

## II

Die Problemsicht der Bundesregierung kann auf einer allgemeinen Ebene relativ kompakt zusammengefasst werden. Durch den russischen Angriff auf die Ukraine wird es weniger Erdgas aus diesem Land geben, die insgesamt in Deutschland verfügbare Menge an Energie verringert sich also. Ebenfalls ist anzuerkennen, dass zur Milderung der Auswirkungen des Klimawandels ohnehin ein Verzicht auf fossile Energien möglichst zügig auf den Weg gebracht werden sollte. Wenn Energie jedoch knapper wird, und man sich in einem allgemein marktwirtschaftlich geprägten System befindet, erhöht sich dadurch der Preis von Energie und weiteren Gütern, für deren Produktion Energie erforderlich ist<sup>2</sup> und die dadurch in der Herstellung ebenfalls teurer werden. Daran angeschlossen ergibt sich für Personen mit relativ niedrigem Einkommen – von Vermögen brauchen wir hier gar nicht erst reden – die akute Notlage, dass immer mehr Geld für die Befriedigung grundlegender

---

<sup>1</sup>Also befreit von jeglichen Zwängen der Schuldenbremse im Grundgesetz.

<sup>2</sup>Das sind eigentlich so ziemlich alle Güter, die überhaupt hergestellt werden.

Bedürfnisse wie Nahrung oder Heizung aufgebracht werden muss und dass dies die finanziellen Möglichkeiten dieser Personen womöglich überschreitet. Kurz gesagt: irgendwie muss genug Energie da sein, dass die Lichter anbleiben und die Leute müssen es sich leisten können, die Lichter anzulassen.

Bevor hier auf die bisherigen Reaktionen der aktuellen Bundesregierung eingegangen wird, noch ein klärender Hinweis zur politischen Einordnung. Mit der Krise, die aktuell in Deutschland zu lösen ist, zeigt sich das vollständige Versagen aller Bundesregierungen seit dem Jahr 2005<sup>3</sup> und somit das Zeugnis der politischen Unfähigkeit von Union, SPD und FDP. Wäre 2005 ein entschlossener Weg in Richtung des Ausbaus erneuerbarer Energien und einer besseren Vernetzung bei Energiefragen innerhalb der Europäischen Union beschritten worden, wären die negativen Auswirkungen heute deutlich besser zu handhaben. Die Potentiale eines solchen Umbaus und umgekehrt die Risiken, die sich durch dessen Unterlassung ergeben, waren lange bekannt und wurden in unzähligen Büchern, Studien, Untersuchungen, Dossiers und in welchen anderen Formen auch immer veröffentlicht – oft genug direkt adressiert an politische Entscheiderinnen und Entscheider. Nur ein Bruchteil davon wurde umgesetzt; andere Dinge waren vermeintlich wichtiger, nun meldet sich die Wirklichkeit zurück.

Würde man der Bundesregierung unterstellen, dass sie sich den Auswirkungen des russischen Einmarschs tatenlos entgegen stellt, täte man ihr Unrecht. So wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die breite Bevölkerung von zusätzlichen finanziellen Belastungen zu befreien. Viele dieser Instrumente sind in der Durchführung ein wenig sperrig und setzen bei Erleichterungen im Hinblick auf Besteuerung an oder sind in Form von unterschiedlichen Zuschüssen ausgestaltet. Ein Instrument sticht hier hervor, weil es eine so umfassende und simple Maßnahme ist, nämlich das 9-Euro-Ticket. Man muss in der deutschen Geschichte lange zurückblättern, bis man eine ähnlich progressive (wenn auch leider nur vorübergehende) verkehrs- und sozialpolitische Maßnahme findet. Mobilität wurde auf diesem Wege breiten Schichten der Bevölkerung zur Verfügung gestellt, indem ein Betrag festgesetzt wurde, der nur für sehr wenige Personen ein Hürde darstellen wird.<sup>4</sup> Diese Maßnahme war allerdings zeitlich nur auf drei Monate beschränkt und nach dem Sommer stellt sich die Frage, wie man durch die kalte Jahreszeit kommt.

Auf dieser Seite finden sich dann die weniger erfreulichen Maßnahmen. Ein Hauptstück war dabei die Planung einer Gasumlage, ausgearbeitet unter Federführung des Bundeswirtschaftsminis-

---

<sup>3</sup>Unter der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder gab es angestoßen von den Grünen wenigstens einige Initiativen für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, die leider auch viel zu früh abgeräumt worden sind. Von einer allgemeinen Kritik daran, wie die derzeitige Situation ist, möchte ich die Grünen ausnehmen, da sie seit 2005 an keiner Bundesregierung mehr beteiligt gewesen sind. Gerhard Schröder hat diesen Schutz nicht zu erwarten, da er durch seine enge wirtschaftliche Verquickung mit Putin und verschiedenen fossilen Unternehmen in Russland in dieser Hinsicht als korrumpiert zu gelten hat, was sich aktuell auch an dem ausbleibenden Bruch mit dieser Clique zeigt. Das Verhalten von Gerhard Schröder seit dem russischen Überfall im Februar zeigt, dass er als Mensch gescheitert ist und er kann sich glücklich schätzen, dass er in einem vermeintlich zivilisierten Land lebt.

<sup>4</sup>Zynisch betrachtet konnte man in den Monaten Juni, Juli und August also jeweils einen Monat alle Nahverkehrsangebote in Deutschland nutzen, wenn man 36 Einwegpfandflaschen zurückgebracht hat.

teriums unter Robert Habeck. Diese Abgabe hätte vorgesehen, dass alle, die Gas verbrauchen – seien es Privatpersonen oder gewerbliche Abnehmer – einen zusätzlichen Beitrag zahlen müssen, der Energieunternehmen finanziell stützen soll, die sich im Einkauf nun mit höheren Kosten konfrontiert sehen. In der Zwischenzeit zeigte sich dann, dass verschiedene Energieunternehmen auf diese Unterstützung nicht warten können und deshalb direkt durch eine erhebliche Beteiligung des Bundes unterstützt wurden, das prominenteste Beispiel dafür ist Uniper. Mit dieser unmittelbaren Maßnahme wurde die Gasumlage weitgehend gegenstandslos. Anschließend daran wird allgemein über eine andere Zusammenstellung des Energiemixes diskutiert, der auch einen stärkeren Einsatz von Kohle- und Atomkraftwerken vorsieht. Es entstehen durch die Energiekrise also offensichtlich unterschiedliche Kosten: materielle Kosten dadurch, dass Gas spürbar teurer wird und ökologische Kosten dadurch, dass relativ umweltschädliche Energieträger stärker zum Einsatz kommen. Und abgesehen davon wagt heute kaum jemand eine Prognose dazu abgeben, wie lange diese Maßnahmen tatsächlich noch angewandt werden müssen.

### III

Man kann vermuten, dass der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs diesem Winter und den steigenden Energiekosten entspannt entgegensehen kann. Wer über 200 000 Euro in einem Bankschließfach liegen hat, muss sich um die nächste Abrechnung keine Sorgen machen.

### IV

Verschiedene Krisen verstärken sich derzeit gegenseitig zu einem Komplex, in dem nicht mehr klar ausgemacht werden kann, welche Gegenmaßnahmen denn am wichtigsten und erfolgversprechendsten sind, geschweige denn davon, ob diese Gegenmaßnahmen überhaupt widerspruchsfrei nebeneinander zum Einsatz kommen können. Sehr deutlich zeigt sich dies in der Frage, wie künftig der Energiebedarf vom Format eines Industrielandes gedeckt werden kann, ohne dabei die Emissionsziele komplett zu verfehlen.

Die deutsche Regierung hat sich vor einigen Jahren (mit episodischen Meinungsänderungen) dazu entschieden, auf die weitere Nutzung von Atomkraft zu verzichten. Mit dem Ende dieses Jahres sollten die letzten noch in Betrieb verbliebenen Kernkraftwerke ihre Leistung einstellen. Mit der Aussicht auf Energieengpässe in den kommenden Monaten gibt es nun den Vorschlag, die Laufzeit dieser Kraftwerke für einige Monate zu verlängern. Anderen politischen Akteuren – insbesondere in Reihen der Union und der FDP – geht dies jedoch nicht weit genug, und es wird ein Wiedereinstieg in Atomkraft gefordert. Selbst wenn man praktische Überlegungen, hinsichtlich des tatsächlichen Leistungspotentials und der administrativen Hürden außen vor lässt, gibt es ausreichend Gründe, einen solchen möglichen energiepolitischen Wechsel als Unsinn abzutun.

Die Emissionsbilanz in der unmittelbaren Stromerzeugung ist bei Atomkraft in der Tat fast unschlagbar günstig; dies darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass praktisch alle Produktionsschritte, die der kontrollierten Kettenreaktion im Reaktor vor- und nachgelagert sind, enorme Schädigungen und Gefährdungen für die Umwelt darstellen. Dass Atomkraft nicht als fossiler Energieträger bezeichnet wird, ist angesichts der Herkunft eigentlich irreführend. Denn genau wie Erdöl und Erdgas aus unterirdischen Vorkommen einmalig gefördert werden, ist auch das für die Herstellung von Brennelementen erforderliche Uran in Lagerstätten vorhanden, wo es durch Bergbau gefördert wird. Auch dieser Energieträger wächst also nicht nach; die weltweiten Vorkommen haben sicherlich ein enormes Potential, was die Energieerzeugung betrifft, sind jedoch endlich. In der Aufbereitung sieht es wenig besser aus. Bis das geförderte Uran in Form von Brennelementen gegeben wird, entstehen viele unterschiedliche Zwischenprodukte – z. B. Uranhexafluorid – die ihrerseits bereits radioaktiv und giftig sind, und die deshalb bereits unter hohen Sicherheitsstandards gehandhabt werden müssen. Und schließlich besteht für die Abfallprodukte der Atomkraft in Deutschland bis heute noch keine abschließende Lösung zur Endlagerung<sup>5</sup> dieser Stoffe. Abschließend steht noch ein Argument, das eigentlich besonders Marktverfechterinnen und Marktverfechtern in den Reihen von FDP und anderswo überzeugen sollte: nämlich dass Atomkraft seit einigen Jahren eine unverhältnismäßig teure Form der Energieerzeugung geworden ist. Zuletzt stimmt ein Blick in die Nachbarschaft auch nicht besonders zuversichtlich.

Frankreich hat den weltweit höchsten Anteil an Atomkraft im nationalen Energiemix, muss sich dabei jedoch verschiedenen Problemen stellen. Ein Problem ist absehbar, nämlich dass die Atomkraftwerke wie alle technischen Großanlagen gewartet und dabei vorübergehend still gestellt werden müssen. Das andere, weniger absehbare Problem ist, dass viele der französischen Atomkraftwerke in den Sommermonaten aufgrund enormer Hitze und begrenztem Kühlwasser nicht ihre volle Leistung erbringen konnten. Der Leistungsabfall ist sogar so dramatisch, dass in dieser Zeit Strom und Gas aus Deutschland in die französischen Netze eingespeist wurde, um die Versorgung sicherzustellen. Die Atomkraft läuft hier und anderswo also auf Grund.

Andere Energieträger laufen allerdings ebenfalls (zum Teil wörtlich) auf Grund, wie zum Beispiel Kohle. Besonders sichtbar wurde dies im August, als aufgrund niedriger Pegelstände in verschiedenen Flüssen Transportschiffe nicht zur vollen Kapazität mit Kohle geladen werden konnten. Aufgrund der deutschen Antwort auf die Krise, wieder einige Kohlekraftwerke zur Energieversorgung hochzufahren, stellt dies ein veritables Problem dar, das auch in andere Bereiche hineinwirkt. So wurde bereits diskutiert, dass bei künftigen Engpässen Güterzüge, die mit Kohle beladen sind, Vorrang vor Personenzügen erhalten könnten. Wenn Zugtickets allerdings nun wieder für einige Leute zu teuer geworden sind, fahren wahrscheinlich eh weniger Leute mit der Bahn, die kann man dann also gerne etwas warten lassen.

---

<sup>5</sup>Hier muss man zugestehen, dass die dahinter stehende Diskussion nicht allein durch geologische Überlegungen geprägt ist, sondern oft einer diffusen Unlust entspringt, diese Stoffe im eigenen Hinterhof gelagert zu wissen. Am Ergebnis ändert dies herzlich wenig.

Und wo wir über niedrige Flüsse sprechen, dieser Sommer zeigt unmissverständlich, dass der Klimawandel nicht mehr länger ein Problem von Weltregionen ist, die uns nicht interessieren,<sup>6</sup> sondern sich auch in unserem Wohlstandszuhause bemerkbar macht. Mittlerweile ist es absolut angemessen, auch für viele Flächen in Deutschland von einer weitgehenden Dürre zu sprechen. Dieser Prozess ist übrigens kein Phänomen nur dieses Sommers, sondern reicht schon einige Jahre zurück. Man muss für viele Regionen in Deutschland tatsächlich mehrere Jahre zurückgehen, bis man Niederschlagsmengen findet, die adäquat für den natürlichen, menschlichen und (nicht zu vergessen) industriellen Bedarf an Wasser sind. Ein ähnliches Bild zeigt sich folglich auch in den verschiedenen Wasserstraßen, die mit ebenfalls niedrigen Pegelständen konfrontiert sind, was natürlich eine Belastung für die dortigen Biotope darstellt, aber auch handfeste volkswirtschaftliche Schäden erzeugt, wenn diese Wege nicht in ihrer vollen logistischen Kapazität ausgenutzt werden können.

Die Lage lässt sich also wie folgt zusammenfassen: in Ermangelung von Erdgas setzt man in den europäischen Staaten zumindest kurzfristig auf weitere Energieträger wie Kohle oder Atomkraft, die aber jeweils ihre eigenen Umweltprobleme mit sich bringen, und die zumindest saisonal nicht mehr voll genutzt werden können, weil es bei hohen Temperaturen und geringen Niederschlägen zu niedrigen Pegeln kommt, was die Verfügbarkeit von Kühlwasser und die Transportkapazitäten der Wasserstraßen verringert, weswegen Transporte entweder auf die Schiene verlagert werden müssen, wodurch weniger Menschen mit der Bahn fahren können, oder auf die Straße verlagert werden, was anteilig allerdings wieder zu höheren Emissionen führt, was in Zukunft die Wahrscheinlichkeit von extremen saisonalen Wetterlagen erhöht, inklusive niedriger Wasserstände und so geht der ganze Spaß von vorne los. Es zeigt sich eine Situation, in der verschiedene Krisen miteinander zusammenhängen, sich zum Teil gegenseitig bedingen und verstärken, und dadurch die Lösung dieser Krisen erschwert wird. Es gibt kaum noch optimale Lösungen, die schnell umgesetzt werden können, ohne dabei ein anderes Problem zu verstärken. So zeigt sich immer mehr, dass auch in Mitteleuropa unsere Art der Zivilisation zumindest saisonal an die Belastungsgrenze gerät, und dass zunehmend unsicher erscheint, wie lange dieser Zustand noch beibehalten werden kann.

## V

An dieser Stelle noch ein episodischer Blick jenseits des europäischen Kontinents, einfach zur Vergegenwärtigung der Klimabelastung. Wer sich im chinesischen Chongqing am 21. August um ein Uhr schlafen legen wollte, machte dies bei einer Außentemperatur von 36 Grad Celsius.

Ja, das ist ein Ballungsraum, der sich ohnehin stärker aufheizt und ja, die Stadt liegt in einem subtropischen Klima, anders als Europa. Aber trotzdem, solche Temperaturen mitten in der Nacht, meine Fresse.

---

<sup>6</sup>In den Weltregionen, die uns egal sind, geht die Klimakatastrophe natürlich weiter. Ein Beispiel hierfür ist Pakistan (übrigens das fünftbevölkerungsreichste Land der Erde), wo geschätzt ein Drittel der Landfläche aufgrund starker Monsunniederschläge und ungewöhnlich starker Gletscherschmelzen überschwemmt worden ist.

## VI

Eine logische Schlussfolgerung aus der kombinierten Krise um Klima und Energie muss sein, dass die Senkung des Energiebedarfs ins Auge gefasst wird, zumindest für die aktuelle Zeit, in der nicht mit ausreichend Kapazitäten aus erneuerbaren Energien<sup>7</sup> gerechnet werden kann. Die Bereitschaft dazu ist unterschiedlich stark ausgeprägt. So hat das Forschungskonsortium CERN angekündigt, einen Plan aufzustellen, um im Fall von Energieengpässen seine Experimente an Teilchenbeschleunigern auszusetzen. Auf der anderen Seite des Spektrums steht eine Organisation wie die UEFA, von der entsprechende Ankündigungen noch ausbleiben. Für Wettbewerbe wie die Champions League werden dort über das ganze Jahr erhebliche Energiemengen allein in die Beleuchtung der Stadien gesteckt – schließlich fangen alle Spiele erst abends an, damit es sich für die Fernsehrechteinhaber auch lohnt. Die Anreisen der Mannschaften<sup>8</sup> leisten dann ihr übriges. Neben diesen zugegeben etwas exotischen Beispielen stellt sich die Frage von Einsparungen oder anders formuliert Verzicht auch für die Bevölkerung insgesamt, und auch an dieser Stelle sind Verwerfungen bereits absehbar.

Bevor ich auf diese Verwerfungen näher eingehe, eine Vorbemerkung zur Einordnung laufender Debatten. Allen drei in der Ampelkoalition vertretenen Parteien sind arme Menschen egal. Für die FDP ist das Teil ihrer Ideologie, wozu sie sich mehr oder weniger offen bekennt. SPD und Grüne hingegen versuchen sich in unterschiedlichem Maße als Vertreter der Interessen der unteren sozioökonomischen Schichten zu präsentieren. Hier darf man sich aber nicht von Worten blenden lassen, sondern muss die politischen Taten würdigen. Und aus diesen Taten wird deutlich, dass weder SPD und Grüne ein besonderes Problem damit haben, dass hierzulande viele arbeitende Menschen einen so niedrigen Lohn erhalten, dass sie davon gerade mal ihre laufenden Ausgaben bestreiten können, von Vermögensaufbau ganz zu schweigen. Es gibt ausreichend verfügbare politische Maßnahmen, mit denen das Missverhältnis in der Verteilung von Vermögen abgeschwächt werden könnte, mit denen das umweltschädigende Verhalten wohlhabender Personen stärker sanktioniert werden könnte, mit denen die Benachteiligung von Menschen, die von ihrer eigener Arbeit leben müssen gegenüber Menschen, die von der Arbeit anderer leben können verringert werden könnte. Nichts davon wird in absehbarer Zeit von SPD und Grünen auf den Weg gebracht werden.

Wenn man diese Konstellation in unserer derzeitigen Regierung voraussetzt, ergibt sich als logische Schlussfolgerung, dass solche Maßnahmen, die zur Bekämpfung der ökologisch-ökonomischen Ungleichheiten geeignet sind, nur aufgrund externen Drucks umgesetzt werden. Wenn entsprechender Wandel aus der Regierung und den in ihr vertretenen Parteien nicht zu erwarten ist, müssen

---

<sup>7</sup>In diesem Bereich zeigt sich auch, welche grundlegenden Entwicklungen in den letzten zwei Jahrzehnten falsch gelaufen sind. Eine nähere Schilderung dieser Versäumnisse würde diesen Beitrag locker um das Dreifache anschwellen lassen, weshalb ich an dieser Stelle darauf verzichte. Fest steht: die erforderlichen Anpassungen waren schon lange bekannt. Alles, was man jetzt auf den Weg bringt, hätte man schon viel früher und viel günstiger haben können. Man mag die Metapher nutzen, dass hier etwas verschlafen wurde. So viel Naivität will ich den verantwortlichen Personen nicht zugestehen: man muss hier schon Ignoranz und Fahrlässigkeit unterstellen, daher passt für mich das Bild besser, dass man mit verbundenen Augen einen Sportwagen über die Autobahn gescheucht hat.

<sup>8</sup>Am letzten Spieltag der Vorrundengruppe H am 2. November reist Benfica Lissabon zu Maccabi Haifa, fast 4 000 Kilometer Luftlinie entfernt. Ich glaube nicht, dass die Anreise mit dem Nachtzug erfolgen wird.

entsprechende Impulse eben von anderen politischen Akteuren erfolgen, zum Beispiel in Form von Protesten.

Wie von Seiten der etablierten Politik mit diesen möglichen Protesten umgegangen wird, ist allerdings gleichermaßen peinlich wie entlarvend. Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker auf Bundes- wie Landesebene, flankiert durch verantwortliche Personen in diversen Verfassungsschutzämtern sprechen schon jetzt vollmundige Warnungen davor aus, dass solche Proteste von rechten bis rechts-extremen Gruppen unterwandert werden könnten, mit dem Ziel einer nachhaltigen Schwächung der politischen Ordnung in Deutschland. Eine solche umfassende Delegitimierung von Protesten, bevor sie überhaupt in der Breite angefangen haben, ist schon eine bemerkenswerte Frechheit.

Es ist für sich genommen ja nicht falsch, dass extrem rechte Bewegungen in Deutschland und anderswo in der Vergangenheit über soziale Verwerfungen mobilisiert haben, wenn aber die geplanten Proteste von so etablierten und harmlosen Gruppen wie den deutschen Gewerkschaften mit getragen werden, klingen solche Bedenken wie Hohn. Viele Menschen sehen sich in den vergangenen Monaten mit steigenden Preisen für Produkte des täglichen Bedarfs konfrontiert und müssen sich jetzt noch um gestiegene Energiekosten Gedanken machen – oft bei Löhnen, die nicht annähernd mit der Inflation Schritt halten. Wenn sich Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker also mehr Gedanken darüber machen, ob rechte Gruppen mit protestieren könnten als darüber, warum vielen Menschen denn erst zum Protestieren zumute sein könnte, spricht dies für eine interessante Setzung von Prioritäten.

Angesichts der Verquickung von sozialen Belastungen durch höhere Preise und der nach wie vor gegebenen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern bietet sich durch entsprechende Proteste auch die Chance, eine nachhaltige und positive Entwicklung anzustoßen. In der kurzen Frist muss hier sichergestellt werden, dass die Kosten, die sich in den kommenden Monaten ergeben werden, nicht dazu führen, dass sich arme Menschen zwischen einer warmen Wohnung und einem vollen Kühlschrank entscheiden müssen. Wenn hier zur Not die öffentliche Hand in letzter Instanz einschreiten muss, um Rechnungen bezahlen zu können, ist das nicht die raffinierteste Maßnahme, aber zur Beibehaltung eines Mindestmaß an Lebensqualität und Würde nicht zu viel verlangt. Darüber hinaus muss jedoch Druck aufgebaut werden, um strukturelle Fragen künftiger Energieversorgung anzusprechen. Die Prinzipien des Energiemarktes in der Europäischen Union führen derzeit zu den starken Preisausschlägen, da sie in einer zweifelhaften Interpretation von Marktregeln begründet sind. Schon heute sind in Deutschland und anderswo erneuerbare Energieträger vergleichsweise günstig, sehen sich aber mit unzureichenden Kapazitäten in den Energienetzen und der weiteren Infrastruktur konfrontiert. Und allgemein stellt sich die strategische Frage, ob es denn so schlau gewesen ist, einen zentralen Punkt der Daseinsvorsorge wie die Versorgung mit Energie in private Hände zu legen. Die oben genannte weitgehende Verstaatlichung des Energieunternehmens Uniper durch die deutsche Bundesregierung ist in dieser Hinsicht ein ziemlicher Wink mit dem Zaunpfahl.

Und nicht zuletzt können die Proteste der kommenden Monate eine Chance darstellen, die Notwendigkeit der Abkehr von fossilen Energieträgern mit den sozialen Vorteilen einer solchen Abkehr



diskursiv zu verknüpfen. Dies ermöglicht nämlich eine Überwindung einer besonders in grünen Kreisen vertretenen Ansicht, dass hohe Energiepreise ja zum Verzicht einladen und somit zur Senkung von Emissionen beitragen könnten. Ein solcher kausaler Zusammenhang ist erstens unwahrscheinlich und zweitens Ausweis einer bemerkenswert sozial kalten Geisteshaltung. Die Emissionen in Deutschland werden nicht viel besser aussehen, wenn Leute künftig den Waschlappen statt der Dusche benutzen, aber zeitgleich andere Leute ungestört ihre überdimensionierten Autos ohne Tempolimit über die Autobahn prügeln können.

## VII

Politik ist einerseits Substanz, also das, was an konkreten Maßnahmen getroffen wird und wie diese Maßnahmen entweder bestimmte Entwicklungen beeinflussen sollen oder auf bestimmte Ereignisse reagieren. Politik ist andererseits aber auch immer Kommunikation. Hier ist natürlich anzumerken, dass das öffentliche Auftreten in der Politik schon seit einigen Jahren einen immer höheren Stellenwert einnimmt, oft zu lasten einer nüchternen Auseinandersetzung mit den Gegenständen politischen Handelns.

Auch hier zeigen sich aus den Ampelparteien in ihren prominentesten Vertretern teils bezeichnende Signale. Christian Lindner und andere Teile der FDP stehen mit seinen Äußerungen für eine Geisteshaltung, die mit Hauen und Stechen versucht zu verhindern, dass Ausprägungen eines bestimmten Lebensstils so kritisch hinterfragt werden, wie es angesichts der aktuellen Herausforderungen geboten ist. Ein Beispiel hierfür ist der verbrennungsmotorisierte Individualverkehr der in einigen Regionen und zu einigen Zwecken sicher seine Daseinsberechtigung hat, in Summe jedoch massive Umweltprobleme verursacht und durch weniger schädliche Alternativen ersetzt werden sollte. Doch trotz alledem ist keine Bereitschaft vorhanden, die steuerrechtliche Behandlung von Dienstwagen zu überprüfen<sup>9</sup> und auch das auf Ebene der EU beschlossene Enddatum für die Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor soll nach Vorstellungen der FDP nicht für solche Fahrzeuge gelten, die mit synthetisch hergestellten Kraftstoffen betrieben werden können. Ähnlich wie bei der oben geschilderten Befürwortung von Kernkraft zeigt sich hier ein selektiver Technikglaube, der vermeintliche Problemlösungen vor allem dann akzeptiert, wenn sie dazu führen, dass alte Gewohnheiten nicht angepasst werden müssen – ganz egal wie unsinnig oder ineffektiv<sup>10</sup> die verwendeten Mittel sein mögen. Innovation im Dienste der Bequemlichkeit.

Ähnlich unsicher erscheinen die Grünen, was allen voran Wirtschaftsminister Robert Habeck geschuldet ist. Man muss ihm eigentlich zugute halten, dass er ein für die deutsche Spitzenpolitik eher ungewöhnliches kommunikatives Auftreten – was zu einem gewissen Teil sicherlich auch Show

---

<sup>9</sup>Durch die dadurch frei werdenden Mittel könnte man ja öffentliche Verkehrsmittel stärken und attraktiver machen. Und wenn man sich damit aus welchen Gründen auch immer nicht anfreunden kann, gibt es hierzulande ja zum Glück noch genug kaputte Brücken, die einer Runderneuerung harren.

<sup>10</sup>Nach Schätzungen kommen bei synthetischen Kraftstoffen in der Gesamtbetrachtung höchstens 15 Prozent der eingesetzten Energie auch tatsächlich in den Tank.

ist – an den Tag legt, das seine Zuhörerinnen und Zuhörer als erwachsene Menschen versteht, denen man auch schwierige und unangenehme Sachverhalte zumuten kann. Mit der Kommunikation der Gasumlage und den möglichen Folgen dieses Instruments hat sich Habeck bei mehreren öffentlichen Auftritten allerdings gründlich verzettelt. Mit der weitgehenden Streichung der Gasumlage sollten Habeck allerdings künftige Peinlichkeiten zumindest zu diesem konkreten Thema erspart bleiben. Die beiden anderen Ampelparteien sehen es sicherlich dennoch mit einem Stück Genugtuung, dass sich Habeck an dieser Stelle als Sündenbock anbietet und die Materie, um die es geht und auf die reagiert werden muss, ist zugegebenermaßen kompliziert. Man wird jedoch nicht den Eindruck los, dass Habeck von der Situation auf den Energiemärkten kognitiv überfordert ist.

Bleibt am Ende die alte Tante SPD und dort vor allem der Bundeskanzler Olaf Scholz. Der Mann ist erwiesenermaßen als Charismaleerster bekannt; das ist nichts Neues, er selbst sieht darin wohl auch kein Problem und in Fortsetzung des Stils von Angela Merkel ist nicht mal auszuschließen, dass Scholz diesem Profil (zumindest teilweise) seinen Einzug in die siebte Etage des Bundeskanzleramts zu verdanken hat. Doch was von ihm in den vergangenen Wochen zu hören war, ist schon sensationell. Auch bei der Verkündung großer politischer Maßnahmen trägt er vorbereitete Texte vor, oft mit einer Monotonie, die an das Spätwerk von Erich Honecker erinnern lässt. Wenn er sich dann zur Ermutigung englischer Fußballslogans bedient, mag das aus einer Absicht geschehen, fürsorglich zu erscheinen. In der Praxis bringt es ihn an den Rand der Lächerlichkeit.

## VIII

Die politisch zu Chile gehörende Osterinsel wurde über mehrere Jahrhunderte durch das polynesisches Volk der Rapanui besiedelt. Die Geschichte und Entwicklung dieses Volkes zeigen auf der Grundlage archäologischer Forschung einen schrittweisen Niedergang dieses Volkes, der durch die übertriebene Nutzung der natürlichen Ressourcen der Insel ausgelöst wurde und in einem zivilisatorischen Kollaps bis hin zum Kannibalismus mündete.

Zeugnisse der Kultur der Rapanui sind die bis heute sichtbaren, als Basalt oder anderen Gesteinen geschaffenen Monumentalstatuen, die Moai. Aufgrund ihrer schieren Größe sind viele davon bis heute an der Stelle vorzufinden, wo sie einst errichtet worden sind. Alle haben eine charakteristische Form mit strengen Gesichtszügen, buchstäblich in Stein gemeißelt. Sie zeigen einen starren Blick, der nicht davon berührt zu sein scheint, wo diese Figuren hergekommen sind oder warum die Kultur, aus der sie entsprangen, untergegangen ist. Sie sind einfach verstreut in der Landschaft, oft ohne Hinweise darauf, was einmal um sie herum gestanden hat. Sie sind Denkmal und Mahnmal zugleich.

Auch angesichts der heutigen Krisen wird immer deutlicher, dass die Art, wie wir in Deutschland leben, nicht auf Dauer aufrechterhalten werden kann, ohne die elementaren Grundlagen für unser Fortbestehen aufzulösen. Die Reaktion darauf ist janusköpfig. Auf der einen Seite gibt es politische Maßnahmen und soziale Initiativen, die auf dieses grundlegende Problem hinweisen und bereits einige Schritte in die richtige Richtung gehen. Auf der anderen Seite zeigt sich die Trägheit

liebgewonnener Angewohnheiten, die sich nicht in dem Maße ändern lassen, wie es die Situation eigentlich erfordert.

Wie bei den Moai auf der Osterinsel stellt sich mir die Frage, welche Überreste dieser Dialektik aus Änderung und Bequemlichkeit in einigen Hundert Jahren noch entdeckt werden können. Welche Artefakte und Dokumente wird es dann zu erforschen geben? Und wird es in einigen Hundert Jahren überhaupt noch menschliche Zivilisation geben, in der eine solche Erforschung möglich ist?